Außenpolitisch beliebt, innenpolitisch in Schwierigkeiten – Kanzler Merz' neue Regierung

Verteidigungsausgaben von 5 % des BIP, Wette auf einen Wirtschaftskurs des Wachstums

Die neue Regierung unter Friedrich Merz, die am 6. Mai 2025 ihr Amt antrat, zeigt außenpolitisch zunehmend Präsenz, hat jedoch im Inland mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Besonders Deutschland wird nach wie vor stark von Putin und Trump in Mitleidenschaft gezogen. Die russische Invasion in die Ukraine im Jahr 2022 unter Putin hat das seit drei Jahrzehnten bestehende europäische Sicherheitsgefüge grundlegend zerstört. Hinzu kommt, dass unter dem in diesem Jahr ins Amt zurückgekehrten US-Präsidenten Trump die amerikanische Verteidigungszusammenarbeit nicht mehr verlässlich ist.

Deshalb stimmte Deutschland zu, den Verteidigungshaushalt von bisher 2 % des BIP gemäß NATO-Standard auf 5 % anzuheben – eine Zahl, die man sich vor zwei oder drei Jahren kaum hätte vorstellen können. Gleichzeitig versucht die Regierung Merz mit verschiedenen Maßnahmen, die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden. Inmitten dieser schwierigen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Lage erzielt Merz außenpolitisch gewisse Erfolge, ist aber im Parlament gleich zu Beginn ins Stolpern geraten und ringt seither innenpolitisch um Handlungsspielraum.

Kapitel 1 – Ein holpriger Start für die neue Regierung von Kanzler Merz

Am 6. Mai erhielt Friedrich Merz in der Kanzlerwahl des Bundestages lediglich 310 Stimmen. Damit verfehlte er die notwendige absolute Mehrheit von 316 Stimmen um sechs Stimmen. Eine zweite Wahlrunde war eigentlich für den darauffolgenden Freitag angesetzt, jedoch standen bereits am nächsten Tag Treffen mit dem französischen Präsidenten Macron und dem polnischen Premierminister Tusk auf dem Programm. Da die politischen Auswirkungen als zu gravierend eingeschätzt wurden, begann die Koalition, Möglichkeiten für eine sofortige erneute Abstimmung am selben Tag auszuloten.

Dies erforderte allerdings eine Änderung der Geschäftsordnung, die die Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten nötig machte. Die Grünen stimmten zu, doch das reichte nicht – auch die Linkspartei musste ins Boot geholt werden. Nachdem man nach der Telefonnummer von Parteifunktionären suchte, stellte sich heraus, dass der CSU-Politiker und designierte Innenminister Dobrindt die Nummer besaß. Schließlich konnte die Zustimmung der Linken gewonnen werden. So kam es noch am Nachmittag zu einer zweiten Abstimmung, bei der Merz 325 Stimmen erhielt und damit endlich zum Kanzler gewählt wurde.

Seit dem Zweiten Weltkrieg war in Deutschland noch jeder Kanzler in nur einem Wahlgang gewählt worden – ein solch holpriger Amtsantritt ist also ein Novum. Besonders interessant war die Frage, woher die Abweichler kamen: Handelte es sich um SPD-

Abgeordnete, die mit dem SPD-Vorsitzenden Klingbeil unzufrieden sind, der die Koalition mit Merz ausgehandelt hatte? Oder waren es CDU-Abgeordnete, die Merz' „Kehrtwende bei der Schuldenbremse“ als Verrat betrachteten? Die Spekulationen sind bis heute nicht verstummt.

Die bloße Existenz dieser „Abweichler“ ist ein Risiko für die künftige Regierungsarbeit – niemand weiß, wo die „Minen“ im eigenen Lager liegen. Derzeit verfügt die Koalition nur über zwölf Sitze mehr als die absolute Mehrheit. Sollten, wie in diesem Fall, 18 Abgeordnete ausscheren, könnte ein Gesetz leicht scheitern. Diese „Minen im Regierungsbündnis“ stellen eine ernsthafte Bedrohung für Merz dar.

Altkanzlerin Angela Merkel, die der Sitzung beiwohnte, verließ den Saal kopfschüttelnd, nachdem Merz zunächst durchgefallen war – vielleicht erinnerte sie sich an die beiden Male, in denen Merz bei dem Versuch, Kanzler zu werden, gegen sie verloren hatte.

Vorstellung des Kabinetts Merz

Das Kabinett Merz besteht aus 18 Mitgliedern einschließlich des Kanzlers: zehn Männer und acht Frauen. Das Durchschnittsalter liegt bei 53 Jahren (zum Vergleich: das japanische Kabinett Ishiba besteht aus 20 Mitgliedern, darunter nur zwei Frauen, mit einem Durchschnittsalter von 63,5 Jahren). Der älteste Minister ist Merz selbst mit 69 Jahren. Abgesehen vom Verteidigungsminister Pistorius sind alle Minister neu im Amt, sodass es wohl einige Zeit dauern wird, bis eigene Gesetzesinitiativen eingebracht werden.

Die wichtigste innenpolitische Aufgabe der Regierung ist es, die stagnierende deutsche Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen. Dafür holte Merz mit der 52-jährigen Katharina Reiche, einer promovierten Chemikerin, eine erfahrene Wirtschaftskraft als Ministerin für Wirtschaft und Energie ins Kabinett. Sie war von 1998 bis 2015 CDU-Bundestagsabgeordnete und anschließend Vorstandsvorsitzende eines großen Energieunternehmens. Sie trat die Nachfolge des Grünen Robert Habeck an und soll durch Deregulierung Wirtschaftswachstum und Energiepolitik in Einklang bringen.

Zur neuen Ministerin für Bau und Stadtentwicklung wurde die 37-jährige SPD-Politikerin Verena Hubertz ernannt. Sie zog 2021 erstmals in den Bundestag ein und hat eine vielseitige berufliche Laufbahn, darunter Tätigkeiten in verschiedenen Unternehmen und die Gründung eines Start-ups. Angesichts gravierender Wohnungsnot und maroder Infrastruktur hat sie sich zum Ziel gesetzt, Genehmigungsverfahren für Bauleitpläne von bislang fünf Jahren auf nur zwei Monate zu verkürzen.

Um der schleppenden Digitalisierung entgegenzuwirken, wurde außerdem ein neues „Ministerium für die Verbesserung des digitalen Staates“ geschaffen.

Kanzler Merz und seine aktive Außenpolitik

Unmittelbar nach Amtsantritt reiste Merz nach Paris, Warschau und Kyjiw, um die Kanzlerdiplomatie einzuleiten. In Kyjiw traf er gemeinsam mit Frankreichs Präsident Macron, Großbritanniens Premier Starmer und Polens Premier Tusk den ukrainischen Präsidenten Selenskyj. Gemeinsam sagten sie maximale Unterstützung zu. Während der Gespräche rief Macron Trump direkt an – in Washington war es erst 6 Uhr morgens, doch der US-Präsident ging ans Telefon, was die Stimmung der Vier deutlich hob.

Am 5. Juni stattete Merz Washington einen offiziellen Besuch ab. Vor laufenden Kameras zeigte er sich Trump gegenüber weder unterwürfig noch konfrontativ und ließ den Präsidenten in dem 45-minütigen Gespräch weitgehend reden. In den Medien und bei der Bevölkerung erhielt er dafür solide Noten. Als Gastgeschenk überreichte Merz eine Kopie der Geburtsurkunde von Trumps Großvater Friedrich Trump, der 1869 in Kallstadt geboren und mit 16 Jahren in die USA ausgewandert war. Der Präsident zeigte sich erfreut und kündigte an, das Dokument im Weißen Haus auszustellen.

Offenbar verstanden sich die beiden gut: Laut Wall Street Journal tauschten sie nach dem Treffen ihre privaten Telefonnummern aus und sollen gelegentlich vertraulich miteinander telefonieren. Zwei Wochen später sahen sie sich beim G7-Gipfel in Kanada wieder, allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse.

Am 24. und 25. Juni nahm Merz am NATO-Gipfel in Den Haag teil. Dort einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, ihre Verteidigungsausgaben bis 2035 auf 5 % des BIP zu erhöhen – für Deutschland wären das 202,5 Milliarden Euro (bei einem Wechselkurs von 1 Euro = 150 Yen etwa 34 Billionen Yen). Diese Zielmarke ist nicht rechtlich bindend, doch sie enthält ein konkretes Datum, um „Last-Minute-Erfüllungen“ zu vermeiden. Generalsekretär Rutte setzte durch, dass die Staaten Jahrespläne vorlegen, um den Anstieg schrittweise zu erreichen: 3,5 % des BIP für rein militärische Ausgaben, 1,5 % für Infrastruktur, etwa brückentauglich für schwere Panzer. Trump begrüßte diesen Schritt ausdrücklich, hatte er doch bereits erklärt, Länder, die zu wenig für ihre Verteidigung ausgeben, nicht länger militärisch unterstützen zu wollen.

5 % des BIP für Verteidigung – Hintergründe

Die US-Regierung unter Trump verlagert den strategischen Schwerpunkt von Europa in den indo-pazifischen Raum, um sich ganz auf den Rivalen China zu konzentrieren. Damit wird die alte Forderung seit Obama und Biden, Europa solle seine Sicherheit selbst finanzieren, nun in noch direkterer Form vorgetragen.

Historisch betrachtet konnte Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges seine Verteidigungsausgaben drastisch senken, da es keinen direkten Gegner mehr gab. Die eingesparten Mittel flossen als „Friedensdividende“ in den Sozialstaat, was den Wohlstand förderte. Aus Trumps Sicht aber bedeutete das: „Während wir Amerikaner mit unseren Steuergeldern die Sicherheit garantierten, hat Deutschland seinen Sozialstaat ausgebaut und sich auf unsere Kosten bereichert.“

Daher wächst nun auch in Deutschland die Einsicht, dass die 5%-Quote „unvermeidlich oder gar selbstverständlich“ sei. In einer ZDF-Umfrage vom Juni stimmten 65 % der Befragten der Zielvorgabe zu. Häufig wird dabei auf die Amtszeit von Bundeskanzler Willy Brandt (1969–1974) verwiesen, in der die Verteidigungsausgaben 3,8 % des BIP betrug – und das bei einer Bundeswehr von 500.000 Soldaten sowie großen alliierten Truppenkontingenten (USA: 270.000, UK: 70.000, Frankreich: 50.000). Damals schuf Brandts Ostpolitik auf dieser Grundlage das Klima für die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 und die Phase der Entspannung. Die Lehre: Friedensdiplomatie funktioniert nur auf der Basis starker Abschreckung.

Zur Ausweitung der Streitkräfte und der Rüstungsproduktion lockert Deutschland die Schuldenbremse und stellt großzügige Mittel bereit. Doch nach drei Jahrzehnten Frieden hat die deutsche Rüstungsindustrie ihre Produktionskapazitäten stark abgebaut – ein schneller Wiederaufbau ist schwierig. Zudem ist noch nicht entschieden, welche Waffensysteme priorisiert werden sollen. Traditionell war Deutschland stark im Panzerbau, etwa mit dem „Leopard“. Doch der Ukrainekrieg zeigt, dass die Zeit der Panzer als dominierende Waffe des 20. Jahrhunderts zu Ende geht: Mehrmillionen-Euro-Kampfpanzer werden von Drohnen im Wert von wenigen Tausend Euro zerstört. Die von Kanzler Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ erfasst alle Bereiche der Gesellschaft, einschließlich der militärischen Waffensysteme.

Selbst wenn die Ausrüstung bereitsteht, bleibt die entscheidende Frage: Sind junge Deutsche – Männer wie Frauen – überhaupt bereit, im Verteidigungsfall zu den Waffen zu greifen? Merz hat mehrfach angekündigt, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen, doch es gibt Stimmen, die befürchten, es könnte bei einem „Körper ohne Seele“ bleiben.

Im Vergleich zu seinem Vorgänger Scholz äußert sich Merz häufiger und offensiver – gelegentlich auch mit kleinen Patzern – und genießt deshalb Sympathien. Als bevölkerungs- und wirtschaftsstärkstes Land Europas sieht er Deutschland in der Pflicht, Europa und die EU zu führen, und zeigt Führungsbereitschaft. Auch seine Aussage, Deutschland zur stärksten Nation Europas zu machen, wird überwiegend positiv aufgenommen.

Kapitel 2 – Eine Fülle innenpolitischer Herausforderungen, insbesondere bei der Rückkehr zum Wachstumspfad

Die größte Aufgabe der neuen Regierung ist es, die seit Jahren stagnierende deutsche Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen. Ohne Wirtschaftswachstum, so die düstere Prognose, wird der Wohlstand allmählich erodieren. In einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft wie Deutschland führt ein Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu Wachstumsstillstand und Rezession. Daraus erwachsen Arbeitsplatzverluste, die von einer wirtschaftlichen zu einer sozialen Krise führen können. In der Folge gerät das Land in einen Teufelskreis und befindet sich auf einem Abstiegsfeld — so sieht das düstere Szenario aus."

Es gibt Stimmen, die ein „postwachstumsorientiertes Kreislaufmodell“ oder eine „Commons-Gesellschaft“ anstreben – also eine Gesellschaft, in der Bürger Ressourcen gemeinschaftlich verwalten, ohne sich auf Markt oder Staat zu stützen. Das mag auf regionaler Ebene möglich sein, ist jedoch für das heutige Deutschland völlig unrealistisch. Somit bleibt als nationale Strategie faktisch nur der Vorrang des Wirtschaftswachstums.

In den vergangenen zwei Jahren verzeichnete Deutschland ein negatives Wachstum, und bis vor kurzem wurde auch für dieses Jahr nahezu Nullwachstum prognostiziert. Das liegt daran, dass drei entscheidende Indikatoren für den wirtschaftlichen Zustand – Arbeitskräfte, Kapitalinvestitionen und Gesamtfaktorproduktivität (TFP) – in den letzten Jahren allesamt an Dynamik verloren haben.

Deshalb versucht Kanzler Merz, der als wirtschaftsnah gilt, gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Reiche, die deutsche Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen.

Die Erwerbsbevölkerung schrumpft. Die geburtenstarken Jahrgänge (1954–1969) erreichen nach und nach das Rentenalter. Bis 2035 werden rund 20 Millionen Menschen den Arbeitsmarkt verlassen. Im selben Zeitraum wird der Zustrom neuer Arbeitskräfte auf nur 12,5 Millionen geschätzt – ein Verlust von 7,5 Millionen.

Merz fordert die Deutschen auf, „mehr zu arbeiten“. Gewerkschaften und andere Stimmen halten dagegen: „Alle arbeiten bereits hart – vielmehr müssen Kitas ausgebaut und Frauen der Berufseinstieg erleichtert werden.“ Auch in der Bevölkerung stößt der Appell auf wenig Begeisterung. Die Regierung hat zwar beschlossen, dass erwerbstätige Rentner steuerfrei arbeiten dürfen, doch ist das keine grundlegende Lösung.

Zur Belebung der Investitionstätigkeit will die Regierung vor allem öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung ausweiten, Regulierungen abbauen und Energiekosten senken. Noch vor Amtsantritt hat Merz einen „Inflations- und Klimafonds“ geschaffen, mit einem Volumen von umgerechnet 80 Billionen Yen über zehn Jahre.

Zusätzlich beschloss man für neue Maschinen- und Anlagenerwerbungen eine sofortige Abschreibung von 30 % (2025–2027) und eine schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer von derzeit 15 % auf 10 %. Die entscheidende Frage bleibt jedoch, ob

dies tatsächlich private Investitionen – die 90 % des Gesamtvolumens ausmachen – anstoßen wird.

Für die Steigerung der Gesamtfaktorproduktivität (TFP) setzt die Regierung hier auf die Digitalisierung und Vereinfachung administrativer Verfahren, die Förderung von Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie eine Stärkung von Forschung und Entwicklung.

Deutschland ist – wie Japan – arm an natürlichen Ressourcen. Der einzige nennenswerte Rohstoff sind die Menschen. Deren Potenzial wird durch Bildungs- und Forschungsstrukturen gefördert:

- Die Bildungsausgaben stiegen von umgerechnet 19 Billionen Yen (2015) auf 29 Billionen Yen (2025), ein Plus von 67 %.

- Die Forschungsausgaben wuchsen im selben Zeitraum von 2,5 Billionen Yen auf 3,3 Billionen Yen (+32 %).

Das deutsche Hochschulsystem ist gut ausgebaut. Staatliche Universitäten (272, daneben 130 private) erheben keine Studiengebühren, der Hochschulwechsel ist frei, und jeder mit Abitur kann sich ohne Aufnahmeprüfung in jedem Alter einschreiben. Das macht deutsche Universitäten auch für Ausländer attraktiv: Derzeit studieren knapp 500.000 internationale Studierende, was 17 % aller 2,87 Millionen Studierenden entspricht (in Japan nur 4,3 %). Diese Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 5 % gestiegen; unter den neuen Studenten im Jahr 2024 machten die ausländischen Studierenden 30% aus.

Auch die Forschungslandschaft ist exzellent:

- Die Max-Planck-Gesellschaft für Grundlagenforschung (Budget: umgerechnet 300 Milliarden Yen, Personal: 17.000)

- Die Helmholtz-Gemeinschaft für nationale und gesellschaftliche Schlüsselaufgaben (Budget: 800 Milliarden Yen, Personal: 36.000)

Da die Trump-Regierung eine restriktive Politik gegenüber ausländischen Studierenden und Forschern verfolgt, wird ein weiterer Zustrom nach Europa, insbesondere nach Deutschland, erwartet.

So hervorragend das Umfeld für Hochschulbildung und Forschung ist, so schwach ist der nächste Schritt – die Finanzierung von Start-ups. Der deutsche Venture-Capital-Markt

ist im Vergleich zu den USA oder Großbritannien klein. Dies spiegelt die vorsichtige Mentalität vieler Deutscher im Umgang mit Geld wider.

Konjunkturaussichten

Nach Einschätzung führender Wirtschaftsforschungsinstitute zeigen die Konjunkturindikatoren zuletzt eine Aufwärtstendenz. Mehrere Institute prognostizieren für 2026 ein Wachstum von 1,6 %. Auch die Investitionsneigung dürfte steigen – gefördert durch den „Inflations- und Klimafonds“, Steuererleichterungen für Unternehmen und die durch die Instabilität der US-Wirtschaft ausgelöste Umorientierung von Kapitalströmen.

Eine weitere zentrale Aufgabe der Regierung Merz ist, wie im Wahlkampf versprochen, Flüchtlinge bereits an der Grenze zurückzuweisen und den Zustrom zu stoppen. Innenminister Dobrindt wies unmittelbar nach Amtsantritt die Bundespolizei an, den Grenzverkehr zu kontrollieren.

Diese Maßnahme verstößt gegen das Schengener Abkommen, das den freien Personen-, Waren- und Kapitalverkehr garantiert. Dobrindt begründet sie jedoch mit einer „nationalen Notlage“ und ignoriert die in- und ausländische Kritik. Seit Juli weist auch das Nachbarland Polen Flüchtlinge an der Grenze ab.

Inzwischen missachten zehn EU-Staaten die Schengen-Regeln, was den freien Verkehr von Menschen und Waren erheblich erschwert.

Kapitel 3 – Der Niedergang der großen Volkspartei SPD

Ein zusätzliches Sorgenkind für Kanzler Merz ist die Lage seines Koalitionspartners SPD. Sowohl das Ansehen von Vizekanzler Klingbeil in der eigenen Partei als auch die Umfragewerte der SPD als Juniorpartner sind niedrig. Eine solche Schwäche gefährdet die Stabilität der Koalition.

Die Vorgängerregierung unter Kanzler Scholz hatte aufgrund interner Spannungen zwischen den drei Koalitionsparteien das Vertrauen der Bevölkerung verloren – ein Szenario, das Merz unbedingt vermeiden will.

Der Niedergang der SPD, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu den prägenden Volksparteien zählte, ist gravierend. Im Folgenden werden die aktuelle politische Lage, die innerparteilichen Kräfteverhältnisse sowie die Leistungen früherer SPD-Kanzler beleuchtet.

Bei der Bundestagswahl im Februar erzielte die SPD mit 16,4 % ihr schlechtestes Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte. Eigentlich hätte sie in die Opposition gehen müssen. Doch da die Unionsparteien (CDU/CSU) eine Koalition mit der rechtsextremen AfD ablehnten und keine anderen Optionen bestanden, wurde die SPD Juniorpartner in der Regierung Merz. Mehr als zwei Monate nach Amtsantritt liegt ihre Zustimmung weiterhin nur bei 14 %.

Auf dem vom 27. Juni an drei Tage dauernden Parteitag kamen 600 Delegierte zusammen, um den Weg zur Erneuerung zu beraten. Zunächst stand die Vertrauensabstimmung über die beiden Vorsitzenden Lars Klingbeil (Vizekanzler und Finanzminister) und Bärbel Bas (ehemalige Bundestagspräsidentin, nun Sozialministerin) auf der Tagesordnung.

Klingbeil erhielt lediglich 64,9 %, was als herbe Niederlage gilt. Die dem linken Flügel zugerechnete Bas hingegen erreichte mit 95 % ein überwältigendes Ergebnis.

Klingbeil behielt sowohl den Parteivorsitz als auch den Posten des Fraktionsgeschäftsführers, doch seine parteiinterne Basis gilt als schwach. Die Tatsache, dass er in den Koalitionsverhandlungen fünf Ministerposten für die SPD gesichert hatte, wird parteiintern kaum honoriert. Bemerkenswert ist jedoch, dass Klingbeil in einer Politiker-Beliebtheitsumfrage der ARD im Juli Platz zwei belegte – er ist also in der Bevölkerung deutlich populärer als in der Partei.

Bas trat auf dem Parteitag mit klassenkämpferischen Parolen auf und forderte die Verringerung sozialer Ungleichheit. Doch die CDU/CSU als Koalitionspartner lehnt sowohl eine Vermögenssteuer als auch höhere Einkommensteuern für Wohlhabende strikt ab – im Gegenteil: sie fordert Kürzungen bei den Sozialausgaben. Als Sozialministerin verantwortet Bas ein Ressort, das 36 % des Bundeshaushalts ausmacht. Ihre politische Handlungsfähigkeit wird sich daran messen, wie gut sie die Angriffe der Union abwehren kann.

Hinzu kommt das demografische Problem: Die Zahl der Beitragszahler sinkt drastisch, was die Finanzierung der Renten in Zukunft massiv erschwert.

Die SPD verabschiedete zwar eine Resolution, in der ein Verbot der AfD – die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird – befürwortet wird. Doch Kritiker sehen darin eher einen Versuch, die eigene Basis zu einen, als eine realistische politische Option.

Der Niedergang der SPD ist kein rein deutsches Phänomen. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch in Italien oder Frankreich und spiegeln die strukturellen Herausforderungen wider, vor denen die Sozialdemokratie in ganz Europa steht – darunter wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen, der Aufstieg des Populismus und kulturelle Spaltungen.

SPD-Kanzler in der Rückschau

1. Willy Brandt (1969–1974; 1972: 45,8 %)

Leitete in Zeiten des Kalten Krieges die Neue Ostpolitik ein und setzte auf „Versöhnung und Annäherung“ an die DDR und die osteuropäischen Staaten. Sozialpolitisch leitete er Reformen in Bildung, Wohlfahrt, Wohnungsbau und Familienpolitik ein. Bemerkenswert ist, dass diese Reformen im Sinne der „68er“-Bewegung erfolgten – im Gegensatz zu Japans damaliger Regierung Sato, die Studentenproteste hart unterdrückte.

2. Helmut Schmidt (1974–1982; 1976: 42,6 %)

Reagierte mit Entschlossenheit auf die Terroranschläge der RAF und hielt die öffentliche Sicherheit aufrecht. International stimmte er 1979 dem NATO-Doppelbeschluss zu, der die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa vorsah, und stärkte damit die Abschreckung des Westens – trotz massiver innenpolitischer Proteste.

3. Gerhard Schröder (1998–2005; 1998: 40,9 %)

Beschloss im Jahr 2000 den Atomausstieg und förderte erneuerbare Energien. Mit den „Hartz-Reformen“ reformierte er den Arbeitsmarkt grundlegend, wodurch die Arbeitslosigkeit stark sank. Damit führte er Deutschland aus dem Status des „kranken Mannes Europas“.

4. Olaf Scholz (2021–2025; 2021: 25,7 %)

Rief nach dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 die „Zeitenwende“ aus und leitete eine umfassende Aufrüstung ein. Der Stopp russischer Energieimporte sowie Koalitionsprobleme zwischen Grünen und FDP führten jedoch zu vorzeitigen Neuwahlen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, ob die SPD eine gesamte vierjährige Legislaturperiode durchhalten kann. Ob Klingbeil oder Bas zu Rettern der Partei werden, wird sich in den politischen Auseinandersetzungen im Parlament und innerhalb der Koalition nach der Sommerpause entscheiden.

Kapitel 4 – Politische Lage vor der Sommerpause des Bundestages

Am 9. Juli nahm der Bundestag seine Arbeit wieder auf und beriet den Haushaltsentwurf für das Jahr 2025. AfD-Vorsitzende Weidel griff Kanzler Merz gleich zu Beginn frontal an und bezeichnete ihn als „Lügenkanzler“. Sie warf ihm vor, sein

Wahlversprechen zur Einhaltung der Schuldenbremse gebrochen zu haben und zudem eine Entlastung bei den Stromkosten, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, nicht für Bürger und kleine Unternehmen, sondern nur für Großkonzerne umgesetzt zu haben. Nur wenige Tage zuvor hatte die Regierung erklärt, es fehle mit 800 Milliarden Yen an den nötigen Mitteln, weshalb die zugesagte Entlastung für die breite Bevölkerung gestrichen wurde.

Am 14. Juli begann die Sommerpause des Bundestages. Die Minister und Abgeordneten verließen die Hauptstadt in den Urlaub. Vorher lohnt sich jedoch ein Blick auf die Wahlergebnisse der Bundestagswahl am 24. Februar und die jüngsten Umfragewerte im Juli:

Partei	Wahl 24.02.	IPSOS 10.07.	INSA 14.07.	FORSA 15.07.
CDU/CSU	28,0 %	26,0 %	27,5 %	26,0 %
AfD	21,0 %	24,0 %	23,5 %	24,0 %
SPD	16,5 %	15,0 %	15,0 %	13,0 %
Grüne	12,6 %	12,0 %	11,0 %	12,0 %
Linke	8,8 %	12,0 %	10,5 %	11,0 %

Quelle: DAWUM

Die AfD und die Linke legen weiter zu, während der Abwärtstrend der SPD deutlich erkennbar ist. Eigentlich war nicht mit großen Veränderungen während der zweimonatigen Parlamentspause zu rechnen – doch es kam anders.

Ein Konflikt in der Koalition, den Merz unbedingt vermeiden wollte

Am letzten Arbeitstag vor der Sommerpause, Freitag, den 11. Juli, kam es im Bundestag zu einem unerwarteten Eklat: CDU/CSU und SPD gerieten bei der Ernennung von Richtern für das Bundesverfassungsgericht aneinander.

Die Richter des Bundesverfassungsgerichts, einer in der Bevölkerung hochangesehenen Institution, werden vom Bundestag gewählt. Kandidaten werden von den Parteien vorgeschlagen, und für die Ernennung ist eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten erforderlich.

Da drei Sitze vakant waren, sollte die Wahl eigentlich nur noch Formsache sein – die Kandidaten standen fest. Doch am Morgen des Abstimmungstages informierte die CDU die

SPD, dass es in den eigenen Reihen mehrere Dutzend Abgeordnete gebe, die den SPD-Kandidaten, Professor Brosius-Gersdorf (Universität Potsdam), ablehnen. Die CDU beantragte daher eine Verschiebung der Wahl.

Die Folge: Die Ernennung aller drei Richter wurde vertagt, und die Sitzung endete chaotisch. Da der Bundestag am Montag in die Sommerpause ging, wird die Abstimmung frühestens am 10. September stattfinden. Ein solches öffentliches Zerwürfnis innerhalb der Koalition wollte Merz unbedingt vermeiden.

Der Streit um § 218 StGB – Abtreibungsrecht

Hintergrund des Konflikts ist die umstrittene Regelung im § 218 des Strafgesetzbuches, der seit 1878 Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich verbietet. Ärzte, die Abtreibungen durchführen, machen sich strafbar.

In den 1970er Jahren protestierte die Frauenbewegung der „68er-Generation“ vehement, forderte Abschaffung oder Reform – doch lange vergeblich. Frauen mussten für Abtreibungen ins Ausland, etwa in die Niederlande, reisen. Erst 1995 wurde das Gesetz geändert: Abtreibungen sind seither als Ausnahme bis zur 12. Schwangerschaftswoche möglich, bleiben aber grundsätzlich verboten. Mehrere Ärzte wurden dennoch zu Haftstrafen verurteilt.

Vor allem katholische Verbände lehnen Abtreibung strikt ab und bezeichnen sie als „gleichbedeutend mit Mord“. Professor Brosius-Gersdorf gilt in diesen Kreisen als linksextrem und wird vehement abgelehnt – obwohl er als liberaler Wissenschaftler hohes Ansehen genießt und Mitglied eines Regierungsbeirats ist.

Laut mehreren Umfragen sprechen sich jedoch über 80 % der Bevölkerung für die Abschaffung oder grundlegende Reform des § 218 aus.

Neue außenpolitische Entwicklungen

Kaum hatte der Bundestag seine Sommerpause begonnen, erreichte aus Washington eine wichtige Nachricht:

US-Präsident Trump stimmte der Lieferung von Patriot-Flugabwehrsystemen im Wert von jeweils rund 150 Milliarden Yen an die Ukraine zu. Deutschland wird zwei Systeme erwerben, weitere drei kommen von anderen EU-Staaten, und anschließend werden sie an die Ukraine übergeben. Diese Vereinbarung wurde beim Treffen zwischen NATO-Generalsekretär Rutte und Präsident Trump bekannt gegeben.

Berichten zufolge hatten Rutte und Kanzler Merz hinter den Kulissen maßgeblich daran gearbeitet. Sollte Trumps Ankündigung umgesetzt werden, wäre dies für die Ukraine und Europa ein Hoffnungsschimmer. Bei einem baldigen Waffenstillstand könnten die rund 1,25 Millionen ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland zurückkehren – was die Staatsfinanzen entlasten und den sozialen Druck mindern würde.

Doch nur einen Tag später, am 12. Juli, folgte ein schwerer Rückschlag: Trump kündigte an, ab August 30 % Strafzölle auf EU-Produkte – einschließlich deutscher Waren – zu erheben. Sollte dies umgesetzt werden, könnte der zarte Aufschwung der deutschen Wirtschaft im Keim erstickt werden. Nun richtet sich der Blick darauf, wie EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und Kanzler Merz auf diese Zollfrage reagieren werden.

Sommerliche Pressekonferenz des Kanzlers

Am 18. Juli fand die traditionelle Sommerpressekonferenz des Kanzlers statt. Merz sprach zunächst rund zwölf Minuten über die bisherige Arbeit seiner Regierung in den zweieinhalb Monaten seit Amtsantritt. Er betonte die schwierige Lage der Sozialstaatsfinanzen und rief die Bürger zu mehr Eigenverantwortung auf. Insgesamt bewertete er die Regierungsarbeit in dieser Zeit als „überwiegend positiv“.

Anschließend stellte er sich rund 80 Minuten den Fragen der Journalisten. Schwerpunkt war die verschobene Ernennung von Professor Brosius-Gersdorf zum Verfassungsrichter. Merz räumte ein: „Wir hätten das besser handhaben müssen“, betonte jedoch, dass es sich „nicht um eine Regierungskrise“ handele.

Zum Abschluss erklärte der Kanzler: „Deutschland befindet sich in einer schwierigen Lage, aber es geht Schritt für Schritt voran“, und beendete die Pressekonferenz mit einem optimistischen Ausblick.

Hiroomi Fukuzawa – aus Berlin, 19. Juli 2025